



VORWÄRTS



sozialistische zeitung

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus Zeitung der Sozialistischen Linkspartei [SLP] erscheint seit 1983 Nummer 161 Dezember 2006/Jänner 2007 Preis: EUR 0,80 Solidaritätspreis: EUR 2,00

Österreich



SPÖ: Heute eine Partei des Kapitals

Für welches Klientel steht die SPÖ heute? Z.B. Brigitte Ederer, EX-SPÖ-Staatssekretärin, heute Siemens-Chefin, die auch vor Ausgliederungen nicht zurückschreckt.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Streik bei Siemens PSE

Die KollegInnen bei Siemens PSE streikten gegen die geplante Ausgliederung ihres Betriebsteils. Das Management reagierte mit Diffamierungen und Drohungen.

SEITE 3

Schwerpunkt



ÖGB neu? Aber wie?

Die sogenannte ÖGB-Reform droht eine Riesen-Pleite zu werden. Jedenfalls für all jene, die sich für einen kämpferischen Kurswechsel einsetzen. Hundstorfer & Co versuchen nur den alten Kaiser mit neuen Kleidern zu versehen...

SEITEN 4/5

Internationales



Ní un muerto mas! Nicht ein Toter mehr!

Mexiko: Protestwelle trifft auf Repression

Nach der Wahl-Farce bei den Präsidentwahlen im Sommer rollt nun eine Welle sozialer Proteste durchs Land. Die Mächtigen setzen auf Polizeirepression. Bislang gelang es dennoch nicht, die Bewegung zu zerschlagen.

SEITE 7

Welche Regierung brauchen wir?

Kürzungen zurücknehmen!

Keine neuen Belastungen!



Foto: Max Strohmeier

Weitere Kürzungen oder Kurswechsel?

von Franz Breier jun., SLP Wien

Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen ein grundlegendes Problem: ArbeiterInnen und Erwerbslose stehen ohne eigene Partei den Auseinandersetzungen der etablierten Politik und den Angriffen der Unternehmen gegenüber. Dem Schauspiel um die Regierungsbildung fehlt Entscheidendes: Ein wirklich alternatives Programm gegen Sozialabbau und Armut.

UNTERNEHMEN WOLLEN IMMER MEHR

Hingegen haben Konzernchefs und Superreiche sehr klare Programme: Der Chef der Industriellenvereinigung, Veit Sorger, will Steuererleichterungen für die Reichen, Arbeitszeitverlängerung bis hin zur Einführung von Ein-Euro-Jobs. Ein anderer Unternehmensvertreter, Christoph Leitl, fordert eine große Koalition zur Verkürzung der Kündigungsfristen und Zwangsarbeit für Arbeitslose. Die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen sind keineswegs rosig: Schon jetzt gibt es – trotz eines (schwachen) Wachstums – keinen Anstieg des Lebensstandards der breiten Massen im Rahmen des Kapitalismus. Überdies häufen sich die Hin-

weise auf bevorstehende schwere Krisen; unter anderem ausgelöst durch eine militärische Eskalation am Persischen Golf. Der Öl-Preis ist seit langem außerordentlich hoch und im Frühjahr gab es bedeutende Turbulenzen auf den globalen Finanzmärkten. Vor diesem Hintergrund kann keine Partei, die sich auf "Marktwirtschaft" und damit Unternehmens-Interessen stützt, die Probleme von ArbeiterInnen und Erwerbslosen lösen.

ALTERNATIVEN SIND NÖTIG ...

... doch alle Parlamentsparteien stehen auf dem Boden des Kapitalismus. Wir erinnern uns: "Sparpakete", Privatisierungen und unmenschliche Asyl-Politik hat es schon vor Blau-Schwarz zur Genüge gegeben. Unter SPÖ-Kanzlern wurden von 1986 bis 1993 über 80 Betriebe (teil-)privatisiert. Aufgrund der ersatzlosen Streichung der Vermögenssteuer durch SPÖ-ÖVP fehlen über 700 Mio. Steuereinnahmen pro Jahr. Eine Untersuchung der Arbeiterkammer Oberösterreich hat ergeben, dass Arbeit in Österreich keineswegs vor Armut schützt. Mehr als die Hälfte der ArbeitnehmerInnen kommt mit ihrem Einkommen nicht oder kaum aus. So weit, so schlecht. Welche Regierung brauchen

wir aus Sicht von Beschäftigten und Erwerbslosen? Der Beantwortung dieser Frage müssen zwei weitere Fragen vorangestellt werden: Welche Opposition brauchen wir? Und welches Programm braucht eine solche Opposition?

... NUR GEGENWEHR KANN KURSWECHSEL ERZWINGEN

Es ist möglich, durch entsprechende Besteuerung von Vermögen und Kapital alle Sozialabbau-Maßnahmen der letzten Jahre zurückzunehmen. Es ist möglich und vor allem nötig, durch Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn, die Arbeitslosigkeit zu senken und damit auch den rechtsextremen Hetzern den Boden zu entziehen. Solche Maßnahmen werden allerdings nur als Ergebnis sozialer Bewegungen und Kämpfe politisch durchzusetzen und abzusichern sein.

- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn und Mindestlohn von 1.100 netto (für In- und AusländerInnen), weil jeder ein menschenwürdiges Leben verdient hat.
- Für eine echte Besteuerung von Spitzeneinkommen und Reichtum. Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung von Stiftungsrecht (Steueroasen) und

Mehrwertsteuer.

- Stopp dem staatlichen Rassismus und den Abschiebungen. Nicht Asylsuchende sind schuld an der sozialen Misere, sondern der Kapitalismus und seine Profiteure.
- Nein zu jeglicher Privatisierung! Gesellschaftlicher Besitz statt privater Profite. Menschenwürdige Arbeit kann es nur geben, wenn die Beschäftigten volle Kontrolle über ihre Arbeit und deren Ergebnisse haben.
- Für eine neue Partei von Beschäftigten, Erwerbslosen und Jugendlichen sowie eine breite Diskussion wirklicher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Alternativen zum Kapitalismus.

Dass man sich damit mit den Konzernen und den sogenannten "wirtschaftlichen Eliten" anlegt, ist uns bewusst. Doch es geht nicht anders. Aus Sicht von ArbeiterInnen, Angestellten und Erwerbslosen ist dies eine notwendige Antwort auf die bisherigen und zu erwartenden Angriffe einer neuen Regierung. Diese Antwort muss auf mehreren Ebenen gegeben werden: in den Betrieben, am AMS, in Schule und Uni, auf der Straße, in der politischen Landschaft sowie in den Gewerkschaften. Gelingt es nicht, in den Gewerkschaften eine kämpferische und de-

mokratische Linie durchzusetzen, wird man den Angriffen der zu erwartenden kommenden Regierung sowie der Unternehmen nicht entsprechend begegnen können. Und umgekehrt: Die Gewerkschaften werden nur dann aus der Krise kommen, wenn sie mit der bisherigen Akzeptanz neoliberaler Maßnahmen brechen und die Interessen der Mitglieder an Gewicht gewinnen. Und ob Neuwahlen oder nicht: Die Frage nach einer unabhängigen politischen Vertretung, einer neuen Partei für ArbeitnehmerInnen die sich aus (solchen) sozialen Auseinandersetzungen entwickeln kann, gewinnt unserer Meinung nach an Brisanz.

TERMIN

Donnerstag, 30.11.'06, 18:00

VERANSTALTUNG: Politische Ökonomie - Wie funktioniert der Kapitalismus?

Shakespeare, Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Montag, 18.12.'06, 18:00

VERANSTALTUNG: Wie funktioniert Wirtschaft?

Amerlinghaus, Wien 7, Stiftgasse 8

Der Standpunkt

Neuwahlen
reduzieren das
Angebot

von Sonja Grusch



Das Koalitions"verhandlungs"-Kasperltheater wird in den diversen Medien ausreichend behandelt. Egal ob man Schlüssel nun als genialen Taktierer oder als realitätsfremden Egomane einschätzt – was inhaltlich bleibt ist die Feststellung beider Seiten, man könne sich in drei Wochen auf die inhaltlichen Punkte einer Großen Koalition einigen. Ob es dazu kommen wird, ist offen. Vielleicht gibt es auch Neuwahlen? Neuwahlen würden einmal mehr die Qual der Wahl zwischen verschiedenen ein bisschen-neoliberal oder ein bisschen-rassistischen Parteien bedeuten. Die letztlich alle unwählbar sind. Denn Neuwahlen werden das Angebot an kandidierenden Parteien reduzieren! Das österreichische Wahlsystem ist – auch im internationalen Vergleich – ein extrem undemokratisches. Die etablierten Parteien haben enorme Hürden aufgebaut, um neuen Parteien das Antreten oder gar den Einzug möglichst schwer zu machen. Übrigens wollen auch jene, ehemals kleinen Parteien, die früher selbst daran zu scheitern drohten, nun nichts mehr daran ändern. Um in Österreich kandidieren zu können müssen sogenannte Unterstützungserklärungen gesammelt werden (d.h. Menschen, die einer Partei das Antreten ermöglichen wollen, müssen zu einer bestimmten Zeit auf ihr Bezirksamt gehen und mit einer Unterschrift und einem Ausweis das Antreten unterstützen). Um in ganz Österreich für den Nationalrat kandidieren zu können benötigt eine Partei 2600 solcher Unterschriften. Dazu noch viel Geld. Und in den Medien werden alle, die nicht zu den etablierten Parteien gehören oder über sehr viel Geld verfügen, ohnehin totgeschwiegen. Mit diesem System erklären die etablierten Parteien den WählerInnen v.a. eines: "Ihr seids zu unreif – wir müssen Euch vor Neuem schützen". Die SLP meint, dass bei kommenden Wahlen eine neue, linke Alternative noch nötiger wäre, als in der Vergangenheit. Das macht schon die inhaltliche Übereinstimmung zwischen SPÖVP deutlich. Wenn es diese Alternative nicht gibt, wäre es notwendig, dass die SLP als sozialistisches Angebot am Stimmzettel steht. Aber ob das angesichts der enormen Hürden möglich sein wird, ist noch offen. Was uns aber auf keinen Fall daran hindern wird, aktiv gegen Sozialabbau und Rassismus aufzutreten.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Sozialdemokratische Strategien heute:

An die Macht um jeden Preis

von Gerhard Ziegler, SLP Linz

Wochenlang tanzt(e) die SPÖ "staatsmännisch" um die ÖVP wie um das Goldene Kalb. Ungeniert wurden und werden alle Wahlversprechen gebrochen. Man könne "über alles reden", es gibt "keine Vorbedingungen" bei den Koalitionsgesprächen. Und aus dem "Lügenkanzler" wurde plötzlich ein unworbener Regierungspartner.

SPÖ OHNE GEGENMODELL ZU SCHWARZ-BLAU/ORANGE

Hintergrund dieses Eiertanzes war und ist, dass die Sozialdemokratie in Wirklichkeit kein Gegenmodell zum abgewählten schwarz-blau-orangen Regierungskonzept des Neoliberalismus hat. Dort wo sie an der Regierung ist, wie in der Bundeshauptstadt, betreibt sie genauso Ausgliederung und Privatisierung. Auch in den SPÖ-geführten Ländern (Wien, Salzburg, Burgenland und der Steiermark) werden Prekarisierung und Flexibilisierung der Arbeit vorangetrieben, wie etwa unlängst die steirische KPÖ in ihrem "Reichtumsbericht Steiermark" für dieses Bundesland nachwies. Im Vordergrund steht auch hier die Sicherung der Profite, die Schaffung möglichst guter Verwertungsbedingungen für das Kapital, um möglichst gute Standortbedingungen im globalen Wettbewerb zu schaffen. Die Interessen der Lohnabhängigen nach mehr Lohn, erträglichen Arbeitsbedingungen und möglichst gerechten Sozialleistungen – von Sozialismus ganz zu schweigen – kommen dabei zu kurz.



SPÖ heute: Partei des Kapitals. Ex-Staatssekretärin Ederer gliedert bei Siemens aus.

NEHMEN WIR AN, DIE SPÖ WÄRE EINE WIRKLICH SOZIALISTISCHE PARTEI ...

Gusenbauer & Co würden dann die ArbeiterInnenbasis und die Gewerkschaften rund um ihre Wahlversprechen – raus aus dem Eurofighter-Vertrag, arbeitslose Grundsicherung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit, Rücknahme der Studiengebühren sowie Rücknahme des Pensionsraubes – mobilisieren. Der Druck der Straße würde so auf die anderen Parteien derart stark sein, dass diese sich gezwungen sehen, die Forderungen zu unterstützen, um die populistische Fassade bewahren zu können. Die Mobilisierungen würden aber auch einen Bewusstseins-schub Richtung Vertrauen in die eigene Kraft auslösen und zeigen, dass Aktivismus und politischer Kampf sich lohnen. Auf diese Weise sollte sich

eine neue, um ihre Interessen kämpfende Arbeiterbewegung entwickeln, die den Angriffen des Kapitals offenen Widerstand entgegengesetzt.

In der Tat ein faszinierendes Szenario. Es hat nur einen – wesentlichen – Haken: es geht vollkommen an den Realitäten vorbei. Gusenbauer hat schon vor der Wahl bewusst die Beziehungen zur Gewerkschaft weitgehend auf Eis gelegt und von Mobilisierung der ArbeiterInnen will die SPÖ-Führung schon gar nichts wissen. Entscheidend dabei ist nicht zuletzt: Die GewerkschaftsrepräsentantInnen in den Spitzengremien haben sich diesem "Zurechtstutzen" gebeugt – ein klassenkämpferischer Flügel existiert hier heute weniger als je zuvor. Das aktuelle SPÖ-Konzept lautet daher: Die Gunst der Stunde, trotz BAWAG und Co wieder "Erster" zu sein, zu nutzen und sich als Garant für kapitalistische Stabilität der

Wirtschaft anzudienen. Schließlich ist man ja bereits mit den GewerkschafterInnen in den eigenen Reihen fertig geworden ... Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, dass gerade namhafte VertreterInnen des Kapitals – allen voran Wirtschaftskammer-Boss Leitl – vehement für eine Große Koalition eintreten.

NEUE ARBEITERINNENPARTEI NÖTIG

Ob Neuwahlen, instabile Große Koalition oder Minderheitsregierung: Was fehlt, um in diesen verkorksten Prozess einzugreifen, haben nicht zuletzt auch die Wahlen vom 1. Oktober gezeigt: eine glaubwürdige linke Alternative, eine neue ArbeiterInnenpartei als Bezugspunkt für die Arbeitenden und Jugendlichen im Parlament und auf der Straße, die das Vakuum füllen kann, das diese verbürgerlichte Sozi-

aldemokratie hinterlassen hat. Es ist in diesem Zusammenhang ein deutliches Warnsignal, dass die extreme Rechte nicht nur gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen ist, sondern auch versucht, sich als – freilich rassistische – neue "Sozialpartei" zu profilieren. Nur mit einer entsprechenden organisierten Kampfansage von "links", die nicht zuletzt den Kampf gegen Sozialabbau und Rassismus verbindet, könnten diese Versuche im Keim erstickt werden und die FPÖ langfristig in ihre Schranken gewiesen werden.

TERMIN

Montag, 27.11.06, 18:00

DISKUSSION:
Die Linke – Verschiedene Gruppen & KonzepteAmerlinghaus,
Wien 7, Stiftgasse 8

SPÖ und Grüne ohne Trennschärfe gegenüber extremen Rechten

Die FPÖ: Eine ganz normale Partei?

von John Evers, SLP Wien

Es war nicht erst das Bekenntnis des FPÖ-Hinterbänklers Wolfgang Zanger zu den "guten Seiten" des NS-Regimes, welches einen Skandal der Sonderklasse darstellte. Barbara Rosenkranz, stv. FP-Clubvorsitzende, hielt bereits bei der Eröffnung des Nationalrates eine Rede über Bevölkerungspolitik, die an "Blut und Boden"-Rhetorik, selbst in den 1930er Jahren, kaum zu übertreffen gewesen wäre. Wenig später brachten allerdings Cap, Pilz, Strache und Rosenkranz (u.a.) harmonisch einen Antrag auf Einsatz eines Eurofighter-Untersuchungsausschusses ein. Im Zuge des Bankenausschusses gingen SPÖ und Grüne sogar noch einen Schritt weiter: Einstimmig wurde Martin Graf, FPÖ-Abgeordneter und Mitglied der Burschenschaft Olympia, zum Ausschussvorsitzenden gewählt. ÖVP-Innenministerin Prokop verkündet wiederum, dass die

FPÖ der ÖVP in Ausländer-Fragen näher stände als die SPÖ und Schlüssel liebäugelt vielleicht doch mit einer Koalition mit bzw. unter Duldung der FPÖ.

DIE FPÖ ALS DEMOKRATISCHER PARTNER?

Selbst wenn noch unklar ist, wie weit nach rechts die "FPÖ neu" gerückt ist: Auf der Hand liegt, dass sie sich selbst gegenüber der Haider-FPÖ der 1990er Jahre radikalisiert hat. Rechtsextreme Ideologen und schlagende Burschenschafter stehen heute im Zentrum der Partei und stellen die Mehrheit in Klub- und Parteiführung. Umso befremdlicher wirkt es, dass entgegen der – wenigsten verbalen – "Ausgrenzung" der "FPÖ-Alt" durch SPÖ und Grüne, heute offenbar keine Hemmungen zur Kollaboration mehr existieren. Die Strategie von Schlüssel und Co. die extreme Rechte mit ins Boot zu holen, zeigt offenbar Langzeitwir-

kung: Das Spiel mit der FPÖ ist legitim geworden und wird uns als neue demokratische Kultur verkauft. Doch tatsächlich ist es nicht möglich, glaubwürdig gegen die extreme Rechte zu kämpfen und gleichzeitig mit ihr gemeinsame Sache zu machen.

KEINE LINKEN POSITIONEN – KEINE STRATEGIE GEGEN DIE EXTREME RECHTE

Selbstverständlich ist nicht auszuschließen oder zu verhindern, dass freiheitliche Abgeordnete verbal auch bei Fragen mitgehen, welche die – im Parlament nicht vertretene – Linke auf die (politische) Tagesordnung setzt. Nur Dummköpfe würden deshalb darauf verzichten, solche Positionen einzubringen. Denn offensive Anträge zu Mindestlöhnen, Arbeitszeitverkürzung... würden die Freiheitlichen rasch zum Offenbarungseid zwingen. Der Punkt ist: SPÖ und Grüne haben keine linken Positionen, mit de-



Strache: Hetzer oder Kollege im Parlament?

Foto: Max Strohmeier

nen sie hier die FPÖ als angebliche "Sozialpartei" unter Druck setzen könnten. Es ist aber eine völlig andere Sache gemeinsam mit der FPÖ Anträge zu stellen, oder gar ihre Vertreter in verantwortungsvollen Positionen zu wählen. Tragischerweise zeigen sich die rechten Ideologen hier in ihrer "Ausgrenzungsstrategie",

inzwischen wesentlich konsequenter als "Linke" bei SPÖ und Grünen: Während Kogler, Rossmann (Grüne) oder Trunk (SPÖ), Martin Graf zum Vorsitzenden des Ausschusses Banken mitwählten, verweigerte Ewald Stadler (FPÖ) Peter Pilz, bei der Wahl zum Ausschussvorsitz Abfangjäger, die Stimme...

Arbeitskampf gegen die von Brigitte Ederer betriebene Ausgliederung hat begonnen

Streik bei Siemens PSE

von Sven Hilberth, Betriebsrat
Radio Orange 94.0,
SLP Wien West, GPF

“Wenn die Bemühungen des Betriebsrates durch konstruktive Gespräche die Einheit der PSE zu erhalten, zu keiner Einigung mit der Geschäftsleitung führen, dann bin ich damit einverstanden, dass weitere Kampfmaßnahmen folgen, die letztendlich auch einen Streik beinhalten können.” (Urabstimmung aller KollegInnen der PSE Österreich)

Am 8. November führten daraufhin die 250 von Ausgliederung bedrohten MitarbeiterInnen der Siemens PSE in Wien einen Warnstreik durch. Vorausgegangen war eine Betriebsversammlung der Siemens PSE am 29.9.06 im Wiener Austria-Center, auf der von den rund 1500 TeilnehmerInnen 97% für Streik stimmten.

GENERALDIREKTORIN EDERER

“Frau GD Ederer weigert sich trotz mehrmaligen Aufforderungen direkt mit dem Betriebsrat zu verhandeln, da es aus ihrer Sicht nichts zu verhandeln gibt.” Damit informierte der PSE-Betriebsrat die 2800 Beschäftigten. Inter-

essant ist, dass Brigitte Ederer nach wie vor Mitglied der SPÖ ist, in deren Parteiprogramm folgendes zu lesen ist:

“Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen uns zum Modell der österreichischen Sozialpartnerschaft, [um] Mitbestimmung sicherzustellen.”

Es zeigt nicht nur die Position von Frau Ederer, die sich schon vor dem EU-Beitritt als Staatssekretärin mit dem Versprechen “geirrt” hat, der Beitritt würde allen ÖsterreicherInnen 1000 Schilling (73.- Euro) monatlich bringen. Es zeigt auch, wie sehr sich einflussreiche SozialdemokratInnen bereits vom eigenen Programm verabschiedet haben. Dies ist nur logisch, da Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung schon lange die - keineswegs unproblematische - Sozialpartnerschaft ersetzt haben.

Dies hat auch der Betriebsrat von Siemens PSE erkannt: Mit reinen Verhandlungen erreicht er hier rein gar nichts.

ERFAHRUNG MIT
AUSGLIEDERUNG

Bereits im Jahr 2000 wurde der Bereich “Ton- und Studio-technik” zur AV-Digital aus-



gelagert. Heute hat kein ehemaliger Siemens-Beschäftigter den früher gültigen und besseren Elektro-Kollektivvertrag, es werden heute die gleichen Beschäftigten nach dem schlechteren “Gewerke-Kollektivvertrag” bezahlt. Die ehemalige Siemens-Handysparte wurde vom taiwanesischen BenQ-Konzern übernommen. Heute ist BenQ in Deutschland in Konkurs, auch in Österreich wurden bereits

30 von 43 BenQ-Beschäftigten gekündigt. Ein ähnliches Schicksal wird für den ausgegliederten Teil der PSE befürchtet, zumal hier nicht nur die Wirtschaftslage, sondern auch Management-Entscheidungen des Konzerns dies bewirken können.

REAKTION DES KONZERNES?

“[...]versuchte der Pressesprecher der Firma im Intra-

net den Betriebsrat als Verunsicherer darzustellen und ihm geschäftsschädigendes Verhalten vorzuwerfen.” (BR-Rundmail, s.o.)

Diffarmierungen stehen, v.a. bei Auseinandersetzungen in Betrieben, auf der Tagesordnung. Nur mit Solidarität aus der Branche und der gesamten ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung, österreichweit und international, lassen sich solche Angriffe be-

kämpfen und für Verbesserungen aller ArbeitnehmerInnen eintreten. So hat sich auch die “Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften” mit dem Streik und weiteren Kämpfen solidarisiert.

www.gewerkschaftsplattform.org

Metallerabschluss weist in die falsche Richtung

So kann “Gewerkschaft neu” nicht funktionieren!

von Herbert Wanko, GMTN-Mitglied und Betriebsrat

Am 2.11. schlossen VertreterInnen der Gewerkschaft und der Industrie mit einem Kompromiss die Kollektivvertragsverhandlungen für rund 160.000 KollegInnen in der Metallindustrie und im Bergbau ab. Dieser gilt als richtungweisend für alle ArbeitnehmerInnen.

WIE KAM ES ZU
DIESEM ABSCHLUSS?

Am 27.9. übergaben die VertreterInnen der Gewerkschaft ihre Forderungen an die IndustrievertreterInnen. Diese “Wünsche” beinhalteten kaum Konkretes, da nur allgemeine Erhöhungen verlangt wurden. Also: +0,1 % ist doch auch eine Erhöhung. Demgegenüber waren die Forderungen der UnternehmerInnen wesentlich konkreter, aber auch altbekannt. Längere Arbeitszeiten und Durchrechnungszeiträume (das läuft unter Flexibilität), niedrige Lohnerhöhung, bzw. gewinnabhängige Erhöhungen. Damit versucht die Wirtschaft das schon lange angestrebte Verlagern der Lohnverhandlungen auf Betriebsebene auf andere Art durchzuführen.

PROTESTMASSNAHMEN NUR
ZUM DAMPFABLASSEN?

Nach der 2. Runde am 12.10. herrschte Empörung beim Verhandlungsteam. Bei den am 13.10. abgehaltenen BetriebsrätInnen-Konferenzen war von “Unmut über die ungenügenden Angebote der ArbeitgeberInnen und deren massive Forderung, die Lohn- und Gehaltserhöhungen an das Betriebsergebnis zu koppeln.” hörbar. Erich Foglar, Vorsitzender der Metall/Textil/Nahrung (GMTN) in einer Presseaussendung: “Die Gewerkschaften stehen nach wie vor zu ihrem Grundsatz der solidarischen Lohnpolitik. Die Abgeltung der Inflation für alle und darüber hinaus gewinnabhängige Einmalzahlungen in den Betrieben widersprechen diesem Grundsatz allerdings vollkommen.”

Bei den BR-Konferenzen wurde beschlossen, im Falle eines Scheiterns der nächsten Runde, Betriebsversammlungen einzuberufen, um Maßnahmen zur Durchsetzung der Forderungen zu diskutieren und zu beschließen.

Als dann auch die 3. Runde ergebnislos abgebrochen wurde, kam es zwar zu Betriebsversammlungen, jedoch wurden die beschlossenen Vorhaben

nicht umgesetzt. Stattdessen wurden die Beschlüsse der BetriebsrätInnenkonferenzen lediglich erneuert und die Diskussion über Kampfmaßnahmen verschoben.

Schlussendlich wurde am 2.11. entgegen allen vorherigen Ankündigungen einer Lohnerhöhung von 2,6 % und einer Einmalzahlung von EUR 100,- zugestimmt. Die EUR 100,- gibt's aber nur in Betrieben, die letztes Jahr Gewinne gemacht haben. Und sie dienen nicht als Berechnungsgrundlage für die nächsten Verhandlungen, was längerfristig die Reallöhne senkt.

GRUNDSÄTZE “SOLIDARISCHER
LOHNPOLITIK” VERLOREN?

Das Verhandlungsteam ist also in allen Belangen umgefallen, hat die Beschlüsse der BetriebsrätInnen ignoriert und unterstützt die UnternehmerInnen mehr als die Beschäftigten. Schon vor Verhandlungsbeginn wurden von Seiten der Wirtschaft 2,6 % als oberste Grenze angesehen. Dem hat sich das Verhandlungsteam gefügt, wofür eigentlich keine Verhandlungen notwendig wären. Bessere KV-Abschlüsse sind aber möglich. Dafür müssten die VerhandlerInnen nur auf ihre KollegIn-

nen hören und auch das umsetzen, wozu sie beauftragt werden. Dies funktioniert natürlich nur, wenn von der üblichen Stellvertreterpolitik – nach dem Motto: “Wir wissen besser als ihr, was gut für euch ist” – abgegangen wird.

SCHLUSS MIT DER
STELLVERTRETERPOLITIK!

Schon vor Verhandlungsbeginn müssen BetriebsrätInnen UND KollegInnen die Forderungen beraten und diese auch in konkreten Zahlen darlegen. Über Kampfmaßnahmen darf nicht erst dann diskutiert werden, wenn uns die Wirtschaft schon wochenlang an der Nase herumführt. Die Verhandlungsteams müssen von den Betroffenen gewählt werden, was natürlich auch deren Abwählbarkeit einschließt, falls sie nicht im Sinne der KollegInnen agieren. Beschlossene Kampfmaßnahmen müssen umgesetzt und nicht immer immer wieder verschoben werden. Die KollegInnen müssen laufend von den Verhandlungen unterrichtet werden; zum Beispiel durch Veröffentlichung der Verhandlungsprotokolle oder Liveübertragung auf der ÖGB-Homepage. Und schlussendlich müssen die Betroffenen einem Abschluss zu-



Erich Foglar:
Gleich die ersten KV-Verhandlungen unter seinem Vorsitz brachten erneut Tabu-Brüche. Ist das die Gewerkschaft neu?

stimmen und dürfen nicht nur davon informiert werden. Leider sieht es in der Gewerkschaftsführung nicht so aus, als würde sich in diese Richtung etwas tun, weshalb wir dazu auferufen sind, bei jeder sich bietenden Möglichkeit den FunktionärInnen klarzumachen, dass die Gewerkschaftsbewegung nur MIT uns erfolg-

reich sein kann. Wir müssen selbst aktiv werden, uns in den Betrieben organisieren, über Gewerkschaftsarbeit diskutieren und Forderungen an die FunktionärInnen erarbeiten. Wir dürfen nicht darauf warten, bis wir vielleicht irgendwann mal gefragt werden und unsere Antworten dann sowie-so ignoriert werden.

Herbert Wanko ist Mitglied der SLP und wurde bei NXP Sound Solutions Anfang Oktober auf einer neuen Liste zum Betriebsrat gewählt. Im Vorwärtsbericht (160/2006) wurde unter dem Titel “Zwei Mandate für Linke” eventuell der falsche Eindruck erweckt, dass es sich hier um eine Liste der SLP handelt, etwas was weder von Herbert Wanko noch der SLP zu irgendeinem Zeitpunkt angestrebt wurde, bzw. werden wird. Wir bedauern dieses Missverständnis und unterstreichen, dass Herbert Wanko in seiner publizistischen Arbeit für “Vorwärts” lediglich seine persönliche Meinung zum Ausdruck bringt.

ÖGB-Krise: Die Chance auf Erneuerung wird vertan!

Brennende Fragen der Gewerkschaftsbasis bleiben unbeantwortet

von Michael Gehmacher, Betriebsrat und SLP-Gewerkschaftssprecher

Millionen Menschen stellen sich seit dem Bekanntwerden des BAWAG-Skandals, also inzwischen seit einem Jahr (!), im Grunde nur eine Frage: Wie können so wenige Menschen soviel Geld verspielen, bzw. nur zwei Personen an der ÖGB-Spitze den Streikfonds verpfänden?

Dabei geht es um nichts anders, als um eine gegen gewerkschaftliche Interessen gerichtete Politik, Privilegien, innerorganisatorische Demokratie und Kontrolle der Verantwortlichen. Um einer politischen Debatte aus dem Weg zu gehen, erfanden die ÖGB-SpitzenvertreterInnen eine neue Sprachregelung. Plötzlich wurde nur noch vom "Kriminalfall BAWAG", über den man "genauso fassungslos" wie alle Mitglieder sei, gesprochen. Der Hintergrund dieser PR-Strategie ist klar: "Wir sind auch Opfer, lasst uns bitte weiter arbeiten". In dieser Situation reagierte die ÖGB-Spitze somit so, wie es für abgehobene Bürokratien in politischen Organisationen typisch ist. Sie versuchte Zeit zu gewinnen, verschob den ÖGB-Kongress (ursprünglich sogar auf die zweite Jahreshälfte 2007) und sie versuchte die materiellen Möglichkeiten bestmöglich zu sichern (schneller Bawag-Verkauf, Gebäude verkaufen, Personaleinsparungspläne usw.). Viele ÖGB-Mitglieder waren mit dieser Vorgangsweise naturgemäß unzufrieden. Die Austrittswelle ging weiter.

OPPOSITION REGT(E) SICH

Die medial bekannteste Initiative stellte hier "Zeichen setzen" dar, die von einer Gruppe langjähriger Gewerkschaftsangehöriger und BetriebsrätInnen gestartet wurde.

Spannend an "Zeichen setzen" waren weniger die Forderungen an sich, sondern vor allem die rege Beteiligung in den ersten Wochen im Internet. Recht allgemein ging es um eine Aufwertung der Kontrollrechte, einen Rückzug der SpitzenvertreterInnen aus dem Nationalrat, eine 50%ige Frauenquote und eine (besonders vorsichtig formulierte) Einkommensbegrenzung auf immerhin 4500.- netto. Da die Initiative in die richtige Richtung ging, beteiligte sich die SLP aktiv an "Zeichen setzen", trat aber für eine offene Konferenz der UnterstützerInnen und für Aktionen in den Betrieben ein. Letztendlich unterstützten knapp 6.000 Menschen den Aufruf im Internet. Von diesen 6.000 waren damals 799 BetriebsrätInnen und 185 MitarbeiterInnen des ÖGB. Die Idee von SLP und AktivistInnen der Plattform für demokratische und kämpferische Gewerkschaften, möglichst viele UnterstützerInnen zu einer Konferenz zusammen zu bringen, und eine weitere Strategie zu suchen, wurde zwar von einigen InitiatorInnen von "Zeichen setzen" verbal unterstützt. Passiert ist aber leider nie etwas. Anfang Sommer wurde einfach aufgehört weiter Unterstützung zu sammeln und das Gespräch mit der ÖGB-Spitze gesucht. Ein Teil der UnterstützerInnen hätte sich weitere Aktivitäten erwartet und war enttäuscht. Die Energie hinter der Initiative verpuffte leider.

Die ÖGB-Führung nutzte die Zeit um den "Reformprozess" nach ihrem Willen zu gestalten.

REFORM À LA ÖGB-FÜHRUNG: UNBEQUEMES WIRD TOTGESCHWIEGEN

Die Fragen bei der ÖGB-Mitgliederbefragung und den Regionalkonferenzen waren komplett unverbindlich. Selbst die traditionelle Basis von FSG und FCG konnte offensichtlich nicht mehr

für die ÖGB-Politik motiviert werden. Laut ÖGB-Homepage beteiligten sich 6.000 Leute an den Regionalkonferenzen, bei 1,3 Millionen Mitgliedern eine verschwindende Minderheit. Besonders traurig: auf den fünf Regionalkonferenzen in Wien waren unter 500 TeilnehmerInnen. "Die fünf Regionalkonferenzen fanden zwischen 4. und 11. Oktober statt" heißt es als einzigen Satz zu den Wiener Konferenzen dazu auf der Homepage zur ÖGB-Reform (Stand 16.11.06). Wohl auch deshalb weil bei zwei Regionalkonferenzen Anträge der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften angenommen wurden (Siehe Seite 5).

Jene KollegInnen, die sich beteiligten, sprachen sich allerdings ebenso klar für eine kämp-

Zentrale und hin zu den Fachgewerkschaften, wie sie vor allem von der von ÖVPLern dominierten Gewerkschaft Öffentlicher Dienst forciert wird. Der Salzburger ÖGB-Chef Pichler schließt wiederum sogar eine Kampfabstimmung am ÖGB-Kongress nicht aus. Ob sich die Bürokratie bis zum ÖGB-Kongress auf einen Fahrplan einigt, ob die großen Konflikte verschoben werden oder es tatsächlich zu einer Kampfabstimmung kommt, bleibt abzuwarten. Natürlich ist Rudolf Hundsdorfer bestenfalls ein schlechter Scherz als Zeichen der Erneuerung. Aber gilt das nicht für alle SpitzengewerkschafterInnen die jahrelang "dabei" waren und nach wie vor auf den selben Posten sitzen?



GEWERKSCHAFTSSPITZE UND BASIS:
ZWEI WELTEN

ferische ÖGB-Politik aus (70% für kämpferische Gewerkschaftspolitik und 61% für Urabstimmungen bei der Mitgliederbefragung). Auch beim GPA-Bundesforum im November 06 waren diese zwei Aspekte bemerkenswert: Erstens: Die Beteiligung der Delegierten war noch schwächer als bei vergangenen Konferenzen. Zweitens: Bei manchen Anträgen stimmten Teile der Delegierten (z.B. die Delegierten der Interessensgruppen) gegen die Empfehlung der "Antragsprüfungskommission" (also gegen den Willen der GPA-Spitze). Es zeigt sich zumindest, dass – neben dem allgemeinen und verständlichen Frust – in den Gewerkschaften Einiges in Bewegung geraten ist. Für die Zukunft sind linke Mehrheiten bei einzelnen Themen nicht mehr so undenkbar wie sie noch vor ein paar Jahren schienen.

WAS PASSIERT AM ÖGB-KONGRESS?

Ein Großteil der ÖGB-Spitze scheint einen simplen Plan zu haben: 1) die Krise aussitzen, 2) Mit dem Verkauf der BAWAG die schlimmsten finanziellen Probleme lösen, 3) Mit Sparmaßnahmen auf Kosten der kleinen ÖGB-MitarbeiterInnen und ein paar neuen Personen an der Spitze weiter machen wie bisher. Unklarheit gibt es vor allem über die zukünftige Machtaufteilung. Ein Teil der Führungsspitze will einen ÖGB, der in verschiedene Blöcke gegliedert ist, ein anderer Teil will (am prominentesten formuliert von GPA-Chef Wolfgang Katzian) die Auflösung aller Fachgewerkschaften in einem einheitlichen ÖGB. Anfang November gingen die Länder-Chefs des ÖGB an die Öffentlichkeit und kritisierten die bisherige Richtung der ÖGB-Reform. Wahrscheinlich scheint momentan eine Machtverschiebung weg von der ÖGB-

Spitze und hin zu den Fachgewerkschaften, wie sie vor allem von der von ÖVPLern dominierten Gewerkschaft Öffentlicher Dienst forciert wird. Der Salzburger ÖGB-Chef Pichler schließt wiederum sogar eine Kampfabstimmung am ÖGB-Kongress nicht aus. Ob sich die Bürokratie bis zum ÖGB-Kongress auf einen Fahrplan einigt, ob die großen Konflikte verschoben werden oder es tatsächlich zu einer Kampfabstimmung kommt, bleibt abzuwarten. Natürlich ist Rudolf Hundsdorfer bestenfalls ein schlechter Scherz als Zeichen der Erneuerung. Aber gilt das nicht für alle SpitzengewerkschafterInnen die jahrelang "dabei" waren und nach wie vor auf den selben Posten sitzen?

Spätestens freudig über eine Initiative zur "Verteidigung des ÖGB" – getragen von ehemaligen Bankern und Unternehmervertretern (sowie unterstützt von – kein Scherz – Fritz Verzetnitsch). Die SLP steht demgegenüber für eine aktive Gewerkschaftspolitik, die den Konflikt mit den Unternehmern und der Regierung nicht scheut. "Wir würden ja gerne kämpfen aber die Leute wollen nicht" wird uns von vielen der SpitzenfunktionärInnen entgegengehalten. Wer so argumentiert hat meist selbst Angst vorm Kämpfen. Dort wo es für Beschäftigte schwierig ist (nach 50 Jahren Sozialpartnerschaft) auf die Straße zu gehen, muss dies eben wieder gelernt werden. Das Jahr 2003 hat gezeigt, dass KollegInnen sehr schnell "lernen", für ihre Rechte einzustehen. Der Streik bei Siemens PSE im November und die Proteste bei der AUA machen auch deutlich, dass die KollegInnen sehr wohl mitgehen, wenn Kampfmaßnahmen organisiert werden.

DIE SLP WILL MEHR GEWERKSCHAFTSDEMOKRATIE

Mehr Demokratie würde die Einbindung der Mitglieder wesentlich erhöhen und so die Gewerkschaften schlagkräftiger machen. Urabstimmungen über das Ergebnis von KV-Verhandlungen kann sich aber auch HGPD-Chef Rudolf Kaske ("Dann brennt die Republik") nicht vorstellen. Auf einer Veranstaltung der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften meinte er sinngemäß, oft gelänge es, ein gutes Ergebnis für die ArbeitnehmerInnen herauszuholen und die Unternehmer wurden bei einer Abstimmung erst draufkommen und dann die Zustimmung zu einem guten Abschluss wieder zurückziehen. In ein ähnliches Horn stößt auch FSG-Chef Haberzettel: Die Betriebsräte seien bei KV-Verhandlungen eingebunden, mehr Basis sähe er nicht, meinte er bei einer Veranstaltung in Oberösterreich.

Wir meinen: Ein Großteil der KV-Abschlüsse sind derzeit zu Gunsten der Unternehmen und bedeuten Reallohnverluste für die ArbeitnehmerInnen. Wenn diesen nun durch eine Urabstimmung die Zustimmung verwehrt wird, gibt es überhaupt erst die Chance, für eine Lohn- oder Gehaltserhöhung zu kämpfen die diesen Namen tatsächlich verdient. Eine Urabstimmung brächte die dafür notwendige Beteiligung der Mitglieder an verschiedenen Kampfmaßnahmen und würde politischen Druck für die ArbeitnehmerInnen machen.

NAGELPROBE NEUE REGIERUNG

"Beschäftigung, soziale Verantwortung, Bildung, Gesundheit und soziale Union als Schwerpunkte" – praktisch nur Floskeln und kaum konkrete Forderungen formulierte die ÖGB-Führung an die Adresse der "künftigen Regierung". In der Realität ist zu erwarten, dass mit jeder Regierungsbildung auch ein neues Kürzungs- und Belastungspaket gegen die ArbeitnehmerInnen geschnürt wird. Gewerkschaftlicher Widerstand muss damit beginnen, dass keinE GewerkschafterIn Sozialabbaumaßnahmen mitbeschließen oder unterschreiben darf. Statt in Regierungsverhandlungen mitzupacken, gilt es den Widerstand gegen künftigen Sozialabbau jetzt vorzubereiten. Die Chancen dafür stehen in der österreichischen Gesellschaft eigentlich gar nicht so schlecht. Schließlich wurden Schüssel und Co., wegen ihrer sozialen Politik gerade abgewählt...

WORUM GEHT'S WIRKLICH FÜR DIE ARBEITNEHMERINNEN?

In den letzten Jahren hat sich die soziale Lage stark verschlechtert: Eine Million Menschen leben an der Armutsgrenze, 2,4 Millionen verdienen weniger als 10.000 Euro im Jahr. Durch die Privatisierungen und die Zerschlagung der ÖBB wurden die Ausgangsbedingungen für ArbeitnehmerInnen drastisch verschlechtert. Viele GewerkschafterInnen fragen sich zu Recht: "Kann da noch mit der Sozialpartnerschaft gegengesteuert werden?". Die alte=neue ÖGB-Spitze lässt diese Frage bestenfalls unbeantwor-

GewerkschafterInnen ins Parlament...

... aber ohne Privilegien und nicht als VertreterInnen einer neoliberalen SPÖ!

von Albert Kropf, SLPWien

1897 bzw. 1907 zogen erstmals GewerkschafterInnen, bzw. Vertreter von Massengewerkschaften in das österreichische Parlament ein. Ihre zentralen Themen waren Arbeitszeitverkürzung, soziale Absicherung im Krankheitsfall bzw. die Altersversorgung. Hochaktuelle Themen. Die Gewerkschafter waren Teil der Sozialdemokratischen Partei. Jener Organisation, die damals die ArbeiterInnen als ihre Vertretung sahen und durch Mobilisierungen für Verbesserungen kämpfte.

PRIVILEGIEN UND ABGEHOBENHEIT: EIN ALTES PROBLEM

Aber es gab Probleme, die längerfristig den Charakter der Bewegung(en) prägten. Rosa Luxemburg sprach schon vor 1914 von einem abgehobenen, gewerkschaftlichen "Beamtenstand", Lenin beschrieb 1916 in "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" die Existenz einer "Arbeiteraristokratie". Diese Gruppe gab es auch in Österreich. Es waren abgehobene FunktionärInnen, deren Einkommen und Lebensstandart nichts mit

dem der ArbeiterInnenklasse und damit "ihrer" Basis gemein hatte. Trotzdem agierten sie weiter als ihre "Vertretung". Marx und Engels prägen den Satz, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimmt. Umgemünzt auf die Rolle der Arbeiteraristokratie hieß das, dass sie ihre Politik immer mehr ihrer sozialen Stellung anpassten. Konkret bedeutete das den Versuch sich (und damit die ArbeiterInnenbewegung) in das kapitalistische System zu integrieren.

SOZIALDEMOKRATIE VON DER ARBEITERINNENPARTEI MIT BÜRGERLICHER FÜHRUNG ...

Aufgrund der ökonomischen Rahmenbedingungen und Klassenkämpfe war die Umsetzung dieser Integration vor dem 2. Weltkrieg nicht möglich. (Dieser Kurs führte damals allerdings die ArbeiterInnenbewegung nichts destotrotz in ihre schwersten Niederlagen.) Nach 1945 fand diese Integration tatsächlich eine neue Qualität in der Etablierung der Sozialpartnerschaft durch die SPÖ- und Gewerkschaftsführung. Obwohl nun real viel stärker Teil des kapitalistischen Systems, sah die



ArbeiterInnenklasse die SPÖ bis in die 90er Jahre hinein noch als "ihre Partei". Das bedeutete zwar nicht unbedingt mit allem einverstanden zu sein. Aber durch den langen Nachkriegsaufschwung fielen im Vergleich zu heute viele Krümel vom Tisch des Wirtschaftswachstums für die Lohnabhängigen ab. Die SPÖ wurde von der Mehrheit der ArbeiterInnen gewählt, aber viel wichtiger war, dass sich Hunderttausende in ihr und ihren Vorfeldorganisationen organisierten, um ihre Interessen umzusetzen. Forderungen für konkrete Verbesserung – wie z.B. Arbeitszeitverkürzung, Sozialreformen etc. – wurden oft - und nicht ohne Erfolg - von GewerkschafterInnen in die SPÖ getragen.

ArbeiterInnenklasse die SPÖ bis in die 90er Jahre hinein noch als "ihre Partei". Das bedeutete zwar nicht unbedingt mit allem einverstanden zu sein. Aber durch den langen Nachkriegsaufschwung fielen im Vergleich zu heute viele Krümel vom Tisch des Wirtschaftswachstums für die Lohnabhängigen ab. Die SPÖ wurde von der Mehrheit der ArbeiterInnen gewählt, aber viel wichtiger war, dass sich Hunderttausende in ihr und ihren Vorfeldorganisationen organisierten, um ihre Interessen umzusetzen. Forderungen für konkrete Verbesserung – wie z.B. Arbeitszeitverkürzung, Sozialreformen etc. – wurden oft - und nicht ohne Erfolg - von GewerkschafterInnen in die SPÖ getragen.

... ZUR BÜRGERLICHEN PARTEI

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus in den 1980er/90er Jahren kam es zur endgültigen Verbürgerlichung der SPÖ – der Klassenkampf innerhalb der SPÖ wurde entschieden: die Partei orientiert sich an den Bedürfnissen des Kapitals, soziale Forderungen sind bestenfalls populistische Versatzstücke zum Stimmenfang. Die ArbeiterInnenbewegung verlor ihre politische Vertretung im Parlament. Die GewerkschafterInnen dürfen zwar im Wahlkampf "rennen", ihre Forderungen haben aber kaum Auswirkungen auf die Parteipolitik. Gusenbauer hat mit seiner Festlegung – keine Spitzen-gewerkschafter auf der

SPÖ-Liste - eine bereits vollzogene Trennung nur ausgesprochen. Die Spitzen der FSG klammern sich an ein Bündnis, das nicht mehr existiert.

ARBEITERINNENKLASSE HEUTE OHNE POLITISCHE VERTRETUNG

Die heutige Schwäche der ArbeiterInnenbewegung ist das Ergebnis der laschen Haltung der Gewerkschaftsführung und der Tatsache, dass es keine politische Vertretung gibt. GewerkschafterInnen im Parlament sind wichtig, um Klassenkämpfen in Betrieb und Gesellschaft eine Bühne zu verleihen, auch wenn sie nicht im Parlament entschieden werden. Es braucht eine ArbeiterInnenpartei, die diese Kämpfe Hand in Hand mit den Gewerkschaften initiiert, unterstützt und führt. Die jetzige Krise des ÖGB, die Distanzierung durch die SPÖ und die kommenden Angriffe können Ausgangspunkt für die Bildung einer solchen neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche sein. Einer Partei, die auch bei kommenden Wahlen kandidiert und GewerkschafterInnen auf Basis eines Programms gegen Sozialabbau

und Privatisierung aufstellt. Um eine abgehobene Führung zu verhindern müssen einige Prinzipien eingehalten werden: jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit und Rechenschaftspflicht. Und die Einkommen müssen sich an der Gewerkschaftsbasis und nicht an den Bürgerlichen orientieren.

TERMINE

Plattformgruppe Linz

Das nächste Treffen der Plattformgruppe im Rahmen des "Gewerkschaftlichen Netzwerks" findet am 15.12.06 um 17.00 in den Räumlichkeiten der Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15, Linz, statt.

Plattformgruppe Wien

Unser nächstes Treffen wird im Rahmen eines überfraktionellen GewerkschafterInnentreffens am 30.11.06 im Büro der Werkstatt Frieden & Solidarität, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien um 19.00 stattfinden. Wir laden euch alle dazu ein!

Gemeinsames Auftreten von kritischen, linken GewerkschafterInnen ist notwendig:

Damit der ÖGB-Kongress KEINE Enttäuschung wird!

Nach Verschiebung und Beschwichtigungsaktionen wird der ÖGB nun endlich von 23.-25. Jänner 2007 seinen Bundeskongress abhalten. Über ein Jahr nach Bekanntwerden des ersten Bawag-Skandals, fast ein Jahr nach Beginn der tiefsten Krise seit seinem Bestehen und rund ein halbes Jahr nach Beginn des "Reform-"prozesses soll in breiterem Rahmen diskutiert werden. Es deutet allerdings alles darauf hin, dass die ÖGB-Führung NICHTS aus der Krise gelernt hat. Die Probleme werden kleingeredet, man pickt sich die Ergebnisse von Umfrage und Regionalkonferenzen, die ins eigene Konzept passen, heraus und eine Diskussion über die inhaltliche Ausrichtung des ÖGB fehlt völlig. Basismitglieder bzw. Gruppen von Basismitgliedern und BetriebsrätInnen die keiner Fraktion angehören, werden keine Möglichkeit haben, auf diesem Kongress kaum zu Wort kommen.

UNZUFRIEDENHEIT DER GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER IST GROSS

Die Unzufriedenheit unter den Mitgliedern mit dem bisherigen "Reform-"prozess ist offensichtlich. Eine niedrige Beteiligung bei Mitgliederbefragung und Regionalkonferenzen und immer lautere, kritische Stimmen - auch aus den Reihen der unteren und mittleren FunktionärInnen. Zahlen über die Gewerkschaftsausstritte veröffentlicht der ÖGB wohlweislich nicht mehr. In vielen Bundesländern und Fachgewerkschaften haben sich Gewerkschaftsmitglieder zusammgefunden, die mit dem "Reform-"prozess nicht zufrieden sind. Es gab und gibt eine Reihe von Initiativen die für mehr Demokratie und einen kämpferischeren Kurs des ÖGB stehen. Eine davon ist die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die seit mehreren Jahren in Wien und Oberösterreich aktiv ist. Aber es gibt viel mehr solcher Initiativen. Solche, die sich erst in den letzten Monaten angesichts der tiefen Krise gebildet

haben und solche, die es schon seit vielen Jahren gibt. Auch aus und in den verschiedenen Fraktionen (FSG, UG, GLB) gibt es KollegInnen die mehr wollen als die Beruhigungsstrategie der ÖGB-Führung. Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften hat bereits eine Reihe dieser Initiativen auf Zusammenarbeit im Rahmen des ÖGB-Kongresses angesprochen. Die Reaktionen sind unterschiedlich – manche haben Interesse an einer breiteren Zusammenarbeit, andere wollen lieber ihr "eigenes Ding" machen.

GEMEINSAM KÖNNEN WIR MEHR ERREICHEN

Es ist zu hoffen, dass es gelingen wird eine breite, fraktions- und organisationsübergreifende Intervention zu schaffen. Ein gemeinsames Vorgehen von dutzenden, vielleicht hunderten Gewerkschaftsmitgliedern rund um eine Reihe von gemeinsamen Forderungen wird mehr Erfolg haben, als eine Reihe kleiner Initiativen die noch dazu teilweise die Illusion haben könnten, man könne mehr durch ein Bündnis mit Teilen der Bürokratie als mit einer breiten Basismobilisierung erreichen.

Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften hat einen Antrag vorbereitet, der von zwei Wiener Regionalkonferenzen angenommen wurden. Sie schlägt diese inhaltlichen Punkte, die natürlich noch gemeinsam diskutiert werden müssen, daher auch als politische Basis für eine gemeinsame Intervention vor:

- Urabstimmung und BetriebsrätInnenkonferenzen: Bei wichtigen Fragen (z.B. KV-Verhandlungen) müssen die Ziele auf BR-Konferenzen erarbeiten und beschlossen, und die Ergebnisse durch Urabstimmung legitimiert sein.
- Jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit der FunktionärInnen: Spitzenfunktionäre müssen

ANTRAG

Am kommenden GB-Kongress können nur sehr wenige Gewerkschaftsmitglieder mitentscheiden. Damit möglichst viele Mitglieder nicht nur in den Diskussions- sondern auch den Entscheidungsprozess eingebunden sind, schlagen wir der heutigen Regionalkonferenz vor, folgende Punkte zu beschließen:

♦ Urabstimmung und BetriebsrätInnenkonferenzen

Bei wichtigen Fragen (zB KV-Verhandlungen) müssen die Ziele auf BR-Konferenzen erarbeiten und beschlossen, und die Ergebnisse durch Urabstimmung legitimiert sein.

♦ Jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit der FunktionärInnen

von den betroffenen Mitgliedern direkt gewählt werden. Delegierte zu Kongressen sollen auf Betriebs und Regionalkonferenzen direkt gewählt werden. Es muss möglich sein FunktionärInnen abzuwählen.

- Durchschnittslohn für FunktionärInnen: Kein GewerkschaftsfunktionärIn soll mehr verdienen, als die Mitglieder die er/sie vertritt. FunktionärInnen sollen den Durchschnitt des KVs in ihrem Bereich verdienen.
- Kämpferischer Kurs statt Sozialpartnerschaft: Die Gewerkschaftspolitik muss sich an den Mitglieder- und nicht an Wirtschaftsinteressen orientieren.

Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften schlägt vor, rund um diese Forderungen ...

1. eine für alle GewerkschaftsaktivistInnen offene Konferenz abzuhalten, um die Opposition im ÖGB zusammenzuführen. Da anlässlich

des ÖGB-Kongresses viele Mitglieder aus verschiedenen Bundesländern zusammenkommen würde sich ein Termin im Rahmen des ÖGB-Kongresses anbieten (z.B. an einem der Abende). Teilnehmen, Mitdiskutieren und Entscheiden können alle GewerkschaftsaktivistInnen.

2. eine gemeinsame Aktion rund um diese Forderungen vor den Räumlichkeiten des ÖGB-Kongresses. Dies schafft Öffentlichkeit, könnten viele TeilnehmerInnen, die noch nichts davon wissen, auf die Initiative aufmerksam machen und der ÖGB-Führung zeigen, dass es eine starke Opposition gibt.

Wir laden alle GewerkschafterInnen, die an einer derartigen Initiative Interesse haben ein, sich entweder bei der SLP oder bei der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften zu melden.

Kampf kurdischer Flüchtlinge

Zypern: 100 KurdInnen wehren sich erfolgreich gegen Abschiebung

von Jan Rybak, SLP Salzburg

Sie flohen vor Unterdrückung, Diskriminierung und Folter aus Syrien nach Zypern (griechischer Teil). Doch dort erwartete sie das repressive zyprische Regime, dass sie verhaftete und sie wieder ihren syrischen VerfolgerInnen ausliefern wollte. Dies ist die "normale" Vorgehensweise der zyprischen Regierung, an der auch die "kommunistische" Partei beteiligt ist. Doch seit Mai führt eine Gruppe von etwa 100 kurdischen Flüchtlingen aus Syrien den bisher größten Flüchtlingsprotest in der Geschichte Zyperns durch. Es begann mit einem mehrwöchigen Hungerstreik, woraufhin die Abschiebebefehle zwar nicht aufgehoben, aber zu mindest ausgesetzt wurden. Danach demonstrierten 11 Tage lang über 1000 Menschen auf dem "Eleftheria Square" in der Hauptstadt Nikosia und die Zentrale des Roten Kreuzes wurde besetzt.

Sie forderten ein Ende der willkürlichen Polizeigewalt, eine Arbeitserlaubnis um ihre Familien ernähren zu können, medizinische Hilfe und eine humane Behandlung als politisch verfolgte Flüchtlinge.

FLUCHT VOR REPRESSIVEM SYRISCHEM REGIME

Die KurdInnen sind ein unterdrücktes Volk. Ihre Heimat ist vom Irak, dem Iran, der Türkei und Syrien besetzt, und keines dieser Länder erkennt ihre elementarsten Rechte an. Häufig ist es verboten in ihren Schulen in ihrer eigenen Sprache zu unterrichten, oder sie auf der Straße zu sprechen. Oft wird KurdInnen der Zugang zu Universität verweigert, sie finden schwieriger Arbeit, Dokumente werden nicht ausgestellt und nicht selten wird Eigentum einfach beschlagnahmt.

Die meisten der 100 kurdischen Flüchtlinge, die den Protest in Zypern führten, waren

schon in Syrien aktiv am Kampf gegen die Unterdrückung des kurdischen Volkes beteiligt und litten dementsprechend unter den Repressalien des syrischen Regimes.

PROTEST AUF DER STRASSE, STATT ANTRÄGE IM PARLAMENT

Die kurdischen Flüchtlinge organisierten ihren Protest gemeinsam mit linken AktivistInnen und Organisationen. Xekinima, die zyprische Schwesterorganisation der SLP war führend an der Organisation der Proteste beteiligt, und unterstützte die Flüchtlinge im Kampf für ihre Rechte. Es wurde das Bündnis für zyprisch-kurdische Freundschaft ins Leben gerufen.

Die Proteste im Sommer brachten erste Erfolge. Dann drohte die Regierung neuerlich mit Abschiebung. Die Kampagne ging - mit internationaler Unterstützung - weiter. Am 10.11.06 gab es einen internationalen Aktionstag. Der Druck war so groß, dass sich der zyprische Innenminister N. Silikiotis bei Doros Mihail, dem Vorsitzenden des Bündnisses und Mitglied des CWI meldete, um ein Treffen zu organisieren. Das Treffen

Österreich: Peter Westenthaler, immerhin Parteiohmann einer Regierungspartei, wollte 300.000 Menschen abschieben.



fand am 15.11.06 statt: In dessen Verlauf machte die zyprische Regierung einen ersten bedeutenden Rückzieher was ihre Politik bezüglich der 100 kurdischen Flüchtlinge angeht. Das Bündnis für zyprisch-kurdische Freundschaft verlangt Sicherheiten vom Minister darüber, dass sämtliche Abschiebungen auf Eis gelegt und die Einzelfälle der KurdInnen neu bewertet werden.

Die bisherigen Erfolge sind das Ergebnis einer offensiven Kampagne von ZypriotInnen,

KurdInnen und mit internationaler Unterstützung. Die KurdInnen beschränkten sich eben nicht darauf, Anträge zu schreiben und Almosen von karitativen Organisationen in Anspruch zu nehmen. Sie organisierten Proteste gemeinsam mit zyprischen Jugendlichen und ArbeiterInnen! Dadurch wurde die Regierung so unter Druck gesetzt, dass sie gezwungen war Zugeständnisse zu machen. Eine Lehre, wie auch bei uns Kämpfe gewonnen werden können.

Weihnachtsstimmung für Österreichs Wirtschaft

von Jakob Unterwurzacher, SLP Wien

Respektable 3,1% Wirtschaftswachstum für 2006 – aber geht's uns allen besser? Jenen, die schon vorher viel hatten, kommt der Wirtschaftsaufschwung jedenfalls zugute: Zum Beispiel jenen, die ihr Vermögen in Aktien anlegten. Denn die Dividenden für österreichische Aktienbesitzer sind in den letzten 4 Jahren um 122% gestiegen. Auch Hausbesitzer können nicht klagen, denn die Mieten stiegen in den letzten Jahren enorm.

Wenn man den Slogans der Wirtschaftskammer folgt (geht's der Wirtschaft gut ...), wäre es also an der Zeit, dass es "uns allen" besser geht. In der Realität sieht es leider nicht so aus: Die Arbeitslosenquote pendelt trotz aller Statistricks wie in den Jahren zuvor um die 7%. (Quelle: WKO, "Wirtschaftslage und Prognose", 2006) Da es in den letzten Jahren einige Male zu Reallohnverlusten gekommen ist, stehen die Löhne heute erst wieder auf dem Stand von 1995. Die Miete verschlingt für viele Menschen einen großen Teil des Einkommens, was

bei der Berechnung der Inflationsrate aber nicht berücksichtigt wird. Die reale Inflationsrate liegt für ArbeitnehmerInnen daher meist noch höher! Um sich greifende Teilzeit- und prekäre Beschäftigung tun das ihre, den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse zu drücken – und gleichzeitig die Gewinne der Unternehmen aber zu erhöhen.

Viel eher sollte der Slogan also lauten: "Geht's der Wirtschaft gut, war's wahrscheinlich auf Kosten der ArbeitnehmerInnen.?"

Erfolgreiche Demo gegen Rechts

von Jasmin Standhartinger, SLP Wien

In den Wochen nach dem Wahlkampf stand der Kampf gegen Rassismus und Faschismus im Mittelpunkt der Aktivitäten. Auf Initiative der SLP wurde ein Bündnis gegründet, an welchem sich eine Reihe antifaschistischer Organisationen beteiligten. Mit dem Ziel, anlässlich des Jahrestags der November-Programme auf die massiv steigende Gefahr von rechtsextremen bis faschistischen Gruppierungen aufmerksam zu machen.

Nach wochenlangem Mobilisieren und Organisieren wurde das Ziel mit ca. 700 Demonstranten klar erreicht: Eine kämpferische Demonstration, welche die Stärke der Linken im Kampf gegen Rechts zeigt. Viele PassantInnen zeigten sich begeistert und nicht weni-

ge marschierten spontan bis zum Fritz-Stüber-Heim in Ottakring mit.

Klar war allen Beteiligten, dass die Demo ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Denn der Kampf gegen Rassismus und Faschismus ist noch lange nicht vorbei, sondern hat gerade erst begonnen. Deshalb wird auch in Zukunft der Anti-Rassismus und Anti-Faschismus eine zentrale Rolle spielen und es wird nicht das letzte Bündnis und nicht die letzte Demo zu diesem immer wichtigeren Thema sein.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Im Rahmen eines internationalen Protesttags anlässlich der Ermordung eines tamilischen Politikers (siehe Seite 7) organisierte die SLP eine Kundgebung vor der sri-lankesischen Botschaft in Wien. Die

AnrainerInnen wurden per Megafon über die Hintergründe informiert. Nach ca. 45 Minuten kamen Vertreter der Botschaft zur Kundgebung und luden und zu einem Gespräch (und Tee). Nun versuchten sie uns davon zu überzeugen, wie friedliebend die sri-lankesische Regierung sei. Wir wiesen u.a. darauf hin, dass die Hilfsgüter für die Tsunami-Opfer zum großen Teil den besonders hart betroffenen Norden und Nord-Osten der Insel (die tamilischen Gebiete) nicht erreichen, weil die Regierung die Lieferungen absichtlich zurückhielt.

Im letzten Vorwärts wurde schon von den, von SLP-Mitgliedern erfolgreich eingebrachten, Anträgen bei den ÖGB-Regionalkonferenzen berichtet, und in der nächsten Zeit werden für AktivistInnen der SLP und Mitglieder der

"Plattform für eine demokratische und kämpferische Gewerkschaft" die Lohnrunden und Gewerkschaftstermine verstärkt im Kalender stehen. Man sieht also: die Aktivitätsbreite der SLP ist groß. Um erfolgreich zu sein ist es wichtig, dass viele Menschen sich am Kampf gegen Rassismus und Kapitalismus beteiligen. Daher laden wir Sie/Dich ein, mit uns zu diskutieren, organisieren und mobilisieren, denn nur gemeinsam können wir stark sein!

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte

LINZ

jeweils Montag, 17.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos unter 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 18.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

WIEN

Jugend-Gruppe
jeden Montag um 18 Uhr,
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8, (U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SLP Wien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr,
Fünfhauser Stüberl, 15., Löhrgasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

SLP Wien-Nord

jeden Donnerstag um 18 Uhr,
Piwnica, 20., Jägerstr. 38, (U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Süd

jeden Montag um 19 Uhr,
Bunte Kuh, 5., Ecke Zentagasse/Siebenbrunnengasse
(U4 Pilgramgasse, S-Bahn Matzleinsdorfer Platz)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



www.slp.at bringt aktuelle Berichte von gewerkschaftlichen und politischen Aktionen aus aller Welt und Analysen zu aktuellen Themen aus Österreich und der ganzen Welt. Regelmäßig vorbeischaun lohnt sich!



Neues aus dem CWI

Sri Lanka: Weltweite Proteste

Als Protest gegen die Ermordung des tamilischen Politikers Nadarajah Raviraj in Sri Lanka fand am 15.11. in Wien eine Protestkundgebung der SLP vor der sri lankesischen Botschaft statt. Die Ermordung ist Teil einer Welle von staatlicher und paramilitärischer Gewalt gegen TamillInnen. Auch Mitglieder der CWI-Sektion in Sri Lanka sind von Todesdrohungen betroffen. In einer Reihe europäischer Städte gab es an diesem Tag Protestkundgebungen vor den Botschaften Sri Lankas und in Colombo fand ein Protestmarsch statt.

Schottland: Solidaritätskonferenz für sozialistische Partei

Anfang November nahmen 250 Mitglieder von "Solidarity – Scotland's Socialist Movement" (Solidarität – sozialistische Bewegung Schottlands) an der ersten Landeskonferenz der neuen Partei teil. Solidarity – SSM wurde Anfang September von zwei Mitgliedern des schottischen Regionalparlaments, Tommy Sheridan und Rosemary Byrne, sowie Hunderten von SozialistInnen, die mit der Scottish Socialist Party (SSP) gebrochen haben, ins Leben gerufen. Die drängenden Aufgaben, denen Solidarity – SSM sich stellen muss, sind der baldige Aufbau von kampagnenfähigen sozialistischen Ortsgruppen überall in Schottland und die Vorbereitung auf die Wahlen kommenden Jahr.

Italien: Reclaim Rifondazione!

Seit einigen Monaten hat Italien zum ersten Mal eine Regierung mit direkter Beteiligung der KommunistInnen. Fausto Bertinotti, der Führer der Rifondazione Comunista (RC), Kommunistische Neugründung, ist sogar Parlamentssprecher geworden. Beim letzten Parteikongress bekam die rechte Fraktion um Fausto Bertinotti und Franco Giorando (dem neuen Parteivorsitzenden) für ihre Entscheidung zur Regierungsbeteiligung nur etwa 60 Prozent. Es gibt also eine starke innerparteiliche Opposition. Gegenwärtig bleibt die RC zwar der wichtigste Ansatzpunkt für den Aufbau einer sozialistischen Arbeiterpartei in Italien. Sollte sich jedoch die Bertinotti-Linie festigen, könnte es auch zu linken Abspaltungen kommen. Parallel dazu muss man darauf eingestellt sein, dass ArbeiterInnen und Jugendliche auch außerhalb der RC aktiv werden.

www.socialistworld.net

Brasilien: Zweite Amtsperiode für Lula

Aufbau und Vernetzung kämpferischer Massenorganisationen kann Angriffe stoppen

von Wolfgang Fischer,
SLP Wien

Während im ersten Wahlgang Anfang Oktober keiner der beiden Kandidaten über 50% der Stimmen bekam und die Kandidatin des Linksbündnis, Heloisa Helena mit 7% einen Achtungserfolg errang, war der Ausgang der Stichwahl am 29.10.2006 klar: Der amtierende Präsident Luis Ignácio "Lula" da Silva von der PT (Arbeiterpartei) erhielt 60,83% für eine zweite Amtszeit, sein Herausforderer Geraldo Alckmin von der PSDB (brasilianische Sozialdemokratie) war mit 39,17% geschlagen.

Trotz massiver Korruptionsskandale in und rund um die PT dürften Lula's linke Rhetorik sowie die drohende Rückkehr der PSDB an die Macht viele zur Wahl des "kleineren Übels" bewogen haben.

LULAS "ERFOLGE"

Lula, ehemals "Integrationsfigur" der Linken, wurde zum verlässlichen Partner des Finanzkapitals: "... die Perspektive war, dass Lula das Land in eine sozialistische Richtung führen werde. Es gab anfänglich Widerstände im Finanzsystem, doch er [Lula] wurde ein Konservativer ..." (Olavo Setúbal, brasilianischer Banker).

Private Investoren und Banken haben unter Lulas neoliberaler Politik die höchsten Profite seit Jahrzehnten eingefahren. So entsprechen etwa



Lula versteht sich bestens mit den Mächtigen der Welt. Hier am World Economic Forum mit Bill Gates, einem der reichsten Männer der Welt.

die jährlichen Kosten der "Familienhilfe", einem Förderprogramm, das die Ärmsten mit 2,5 Milliarden US-Dollar unterstützt (ca. 7 US\$ pro Kopf pro Monat), den Zinsraten, die alle zwei Wochen von der Regierung an Banker und Spekulatoren gezahlt werden, um die öffentlichen Schulden zu bedienen.

Massive Budgetkürzungen und "schleichende Privatisierungen" in Form von PPP's (Public-Privat-Partnerships) oder auch so genannte "Universitäts"reformen, die sich als Sponsoring privater Unis mit öffentlichen Geldern entpuppten, zählen zu den zweifelhaften Errungenschaften unter Lula.

Die versprochene Landreform wurde entgegen aller Versprechungen noch langsamer fortgeführt, als unter seinem Vorgänger Cardoso, Landenteignungen fanden nicht statt. Gleichzeitig wuchs die brasilianische Wirtschaft langsamer als in anderen Ländern Lateinamerikas. Eine bei ca. 20% stagnierende Massenarbeitslosigkeit, Armut und soziales Chaos spiegeln sich u.a. in den hohen Kriminalitätsraten wider.

KAPITAL SETZT AUF LULA

Lula und die PT erhielten im Wahlkampf die höchsten "Zuwendungen" aller Parteien von Seiten der Privatwirt-

schaft. Als "Gegenleistung" kann die Unterstützung zahlreicher konservativer neoliberaler KandidatInnen durch Lula und die PT bei den parallel abgehaltenen regionalen Parlamentswahlen gedeutet werden. So wurde zum Beispiel Fernando Collor de Mello (Präsident von 1989–92, nach Korruptionsskandalen von einer Massenbewegung gestürzt) mit Hilfe der PT zum Senator von Alagoas gewählt. Schon Lula's erste Periode war durch zahlreiche Regierungsumbildungen gezeichnet. Illegale Parteienfinanzierung, Stimmenkauf und Postenschacher waren und sind integraler Bestandteil der brasilianischen Politik

und Ausdruck für politische Korruption und Fäulnis.

Klar ist, dass die kommende Regierung wesentlich instabiler sein wird. Trotzdem werden die Angriffe auf ArbeiterInnen und sozial Benachteiligte beschleunigt fortgesetzt werden. Eine schon unter Lula I begonnene "Pensionsreform" soll nun das Antrittsalter auf 65 erhöhen und die Bindung an den gesetzlichen Mindestlohn (160 US\$) abschaffen.

PERSPEKTIVEN FÜR MASSENWIDERSTAND

Die Landlosenbewegung (MST) hat für April 07 Landbesetzungen im ganzen Land angekündigt und unterstützt die Idee, einen landesweiten, kämpferischen Generalstreiks gegen die Pensions- und Arbeitsrechtsreform zu organisieren. Für SozialistInnen stellt sich in der kommenden Periode die dringende Aufgabe, die Massen für den gemeinsamen, permanenten Kampf um Verbesserungen zu gewinnen und zu organisieren. Der Bruch mit dem Finanzkapital und eine Schuldenstreichung, die Landverteilung oder der Kampf um bessere soziale Standards sind verknüpft mit dem Aufbau neuer ArbeiterInnenorganisationen. Socialismo Revolucionário (brasilianische Schwesterorganisation der SLP) spielt im Aufbau der PSOL (Partei für Sozialismus und Freiheit, neue breite Massenpartei) eine aktive Rolle.

Proteste erreichen neuen Höhepunkt

Mexiko: Nach der "gestohlenen" Wahl rollt eine neue Welle der sozialen Proteste

von Margarita Döller,
SLP Wien

Seit Monaten führt die soziale Katastrophe in Mexiko zu einer Welle von Protesten. Nach der Affäre um den mutmaßlichen Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen im Juli, kommt es zu Massendemonstrationen. Die Proteste richten sich gegen Felipe Calderon und die Politik seiner Partei der Nationalen Aktion (PAN). Ihm wird u.a. Wahlbetrug und Korruption vorgeworfen. Die Kandidatur von Lopez Obrador, einem radikalen bürgerlichen Populisten, war Ausdruck der enormen Unzufriedenheit. Er hätte die Wahlen für sich entscheiden sollen, wenn es nach der mexikanischen Bevölkerung geht.

OBRAADOR – LINKS UND REVOLUTIONÄR?

Der Kontrahent von Felipe Calderon ist Mitglied der Partei der demokratischen Revolution (PRD). Obrador wurde am 16. September zum Präsidenten der "Gegenregierung" gewählt. Sein erklärtes Ziel ist

es die Amtsübergabe an Felipe Calderon zu verhindern. Die Massen folgen ihm, obwohl er kein Gegner des bürgerlichen Parlamentarismus und des Kapitalismus ist. Auf Grund mangelnder Alternativen auf der revolutionären Linken setzen die aktiven Teile der Massen auf ihn und seine Partei. Dadurch entsteht ein enormer Druck, der ihn zu linken Reformen und Positionen zwingen wird und bereits gezwungen hat.

STREIKS TROTZ POLIZEIGEWALT

Zentral sind auch die Proteste in Oaxaca. Angefangen haben sie am 22.5.06. An diesem Tag streikten rund 70 000 LehrerInnen und der Gouverneur Ulises Ruiz bekämpfte den Streik mit Polizei- und Militär. Seitdem kommt es immer wieder zu Protesten. Den Gipfel der Gewalt bildete der 27.10.06. Im Zuge einer Demonstration wurden vier AktivistInnen erschossen.

Ausgehend von diesem LehrerInnenstreik für höhere Löhne wurde eine Volksversammlung (APPO) ins Leben



Oben: Massendemonstration in Oaxaca, Mexiko.
Rechts: Plakat: "Ein letzter Anstoß zum Sturz des Tyrannen"



gerufen, an der sich zahlreiche gewerkschaftliche, soziale und politische Organisationen beteiligen. Ihr Ziel ist es, eine neue Verfassung in Mexiko einzuführen. Acht Rundfunkstationen wurden von AnhängerInnen der APPO besetzt. Die Kämpfe in Oaxaca gegen den amtierenden Gouverneur sind einzigartig in Mexiko. Jetzt gilt es die Proteste gegen die Regierung von Felipe Calderon mit den Protesten in Oaxaca zusammenzuführen.

WAS NUN?

Lange wird die us-amerikanische Regierung den Entwicklungen im Nachbarstaat nicht mehr zusehen. Immer-

hin haben die Ereignisse in Mexiko einen großen Einfluss auf die Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Die Zeit drängt also. Die Zusammenführung der verschiedenen Protestaktionen steht auf der Tagesordnung. Um dieses Ziel zu erreichen müssen zu allererst Aktionskomitees auf allen Ebenen der Gesellschaft gebildet werden, die regional und national verlinkt sind.

SOZIALISTISCHES X - MAS

Feitag, 15.12.'06, ab 19:00

Wien - Stoney tone,
9; Porzellangasse 33 (zu erreichen mit Straßenbahn D, Bus 40A)
Beim Eintritt ersuchen wir um eine Spende!
Fürs leibliche Wohl und Musik ist gesorgt.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 161

Dezember 2006/Jänner 2007

Abfangjäger-Ausstieg für 1,2 Milliarden?

Schüssel, Platter & Co sollen zahlen!



von Laura Rafetseder,
SLP Wien

Laut Noch-Verteidigungsminister Platter kostet der Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag 1,2 Milliarden Euro. Ist ein Ausstieg wirklich "unmöglich"? Falsch! Kein Cent darf den Rüstungskonzernen für Aufrüstung in den Rachen geworfen werden. Und wenn schon wer bezahlen muss, dann höchstens die Verantwortlichen!

MILITÄRBUDGET WÄCHST ...

Was in der Diskussion über die Eurofighter völlig unter-

geht, ist, dass dahinter ein allgemeiner Trend zu Aufrüstung und Militarisierung steht. Österreichs Militärbudget ist alleine 2006 um 8% erhöht worden – im Einklang mit der Aufrüstungspolitik der EU. Neu, oder ein rein schwarz-blau-oranges Anliegen, ist diese Politik auch nicht: 1995 trat Österreich unter der SPÖVP-Regierung der "NATO-Partnerschaft für den Frieden" bei, 1998, ebenfalls noch unter Großer Koalition, wurde die Bundesverfassung dahingehend geändert, dass man sich verpflichtet an der "gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Eu-

ropäischen Union" mitzuwirken. Von Seiten der SPÖ kam auch keine grundsätzliche Kritik an der Aufrüstungspolitik die hinter dem Eurofighter-Kauf steckt, sondern nur an der Art und Weise der Kaufentscheidung und -abwicklung.

... WÄHREND BEI
UNS GESPART WIRD

ArbeitnehmerInnen und Jugendliche sind zu Recht der Meinung, dass die Eurofighter Unmengen an Geld verschlingen, das an anderen Ecken und Enden fehlt. Überall wird gekürzt, aber für Eurofighter und Aufrüstung ist auf einmal genug Geld da. Zum Vergleich: die Flieger kosten zwei Milliarden Euro – das gesamte Bildungsbudget beträgt acht Milliarden Euro!

AUSSTIEG UNMÖGLICH?

Die ÖVP behauptet, dass ein Ausstieg aus dem Eurofighter-Ankauf unmöglich sei bzw. 1,2 Milliarden Euro koste. Einzige Antwort von SPÖ und Grünen ist es "stimmt nicht" zu rufen. Was ist aber, wenn die Ausstiegskosten sich

schließlich tatsächlich in dieser Höhe bewegen? Werden SPÖ und Grüne dann klein beigeben und den Ankauf akzeptieren? Oder werden sie in Kauf nehmen, 1,2 Milliarden ohne mit der Wimper zu zucken einfach so in den Sand zu setzen – und dann anderswo einsparen? Im Prinzip spielt es keine Rolle, wie viel bei einem Ausstieg zu bezahlen ist – solange die Verantwortlichen dafür haften. Warum bezahlen den Ausstieg nicht jene, die den dubiosen Eurofighter-Kauf angeleiert und organisiert haben? Warum sollen die Stornogebühren Erpressungsargument für Aufrüstung und damit verbundenen Sozialabbau sein? Und warum soll die Tatsache, dass bereits viel zu viel Geld in das Projekt Eurofighter gesteckt wurde (Infrastrukturkosten bis zu 50 Millionen Euro), Argument dafür sein, noch mehr Geld hineinstecken? Abgesehen von den restlichen Ankaufskosten wäre mit jährlichen Betriebskosten von 50 Millionen Euro und zusätzlichen Infrastrukturkosten von 463 Millionen Euro zu rechnen (Alle Zahlen: www.kurier.at/APA).

WIE WERDEN WIR DIE EURO-FIGHTER WIRKLICH LOS?

Werden die Untersuchungsausschüsse tatsächlich das Projekt Eurofighter beenden? Oder ging es hier für die SPÖ nur darum, eine populäre Maßnahme zu setzen um das Wahlvolk durch Scheinaktionen zu befriedigen – nur um vielleicht später draufzukommen, dass – leider, leider – die Eurofighter nun doch kommen müssen, weil der Ausstieg zu teuer ist bzw. die ÖVP sich sonst einer Koalition verweigert hätte? Wir sagen: Kein Cent darf für Eurofighter und Aufrüstung gezahlt werden! Haften sollen die Verantwortlichen! Stattdessen wäre das Geld in Bildungs- und Gesundheitssystem viel besser aufgehoben. Oder in der Rücknahme der Kürzungsmaßnahmen der letzten sechs Jahre. Durchgesetzt werden kann das aber nur durch eine gemeinsame Bewegung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen – gegen Eurofighter und Aufrüstung, gegen den Sozialabbau jeder künftigen Regierung und für die Rücknahme aller Kürzungen der letzten Jahre!

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at